

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Vortrag

Was bedeutet TTIP für unser Demokratieverständnis oder warum die TTIP-Debatte ein Glücksfall für die Demokratie sein kann

10. Deutsch-Französische Kulturgespräche Freiburg 30. April 2016

Lassen Sie mich gleich als erstes sagen, auch wenn es vielleicht merkwürdig klingt: TTIP hat meines Erachtens der Demokratie und dem Verständnis von Demokratie einen positiven Schub gegeben. Nach meinem Eindruck wurde zumindest in Deutschland im letzten Jahrzehnt noch nie so viel über Demokratie gesprochen und um demokratische Teilhabe gerungen wie in den letzten drei Jahren, in denen TTIP verhandelt wurde. Und ebenfalls wurde nach meinem Eindruck noch nie klarer, wie viele Kompetenzen in handelspolitischen Fragen die EU-Mitgliedstaaten an die Kommission abgegeben haben.

Doch erlauben Sie mir am Anfang einen Rückblick.

Die EU-Kommission verhandelt seit mindestens einem Jahrzehnt Handelsabkommen. Das größte Abkommen ist das GATS-Abkommen, das im Jahr 1995 abgeschlossen wurde und seither im Rahmen der Doha-Runde weiterentwickelt werden soll. Die Welthandelsorganisation wurde gegründet und das Ziel war, Regeln für den weltweiten Handel zu entwickeln, um allen Menschen Zugang zu Wohlstand zu ermöglichen.

Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation zielt eigentlich darauf ab, den Ländern des Südens besseren Zugang zu den Märkten der Länder des Nordens zu ermöglichen. Die Doha-Runde wird daher auch Entwicklungsrunde genannt. Eigentlich sollten bereits im Jahr 2003 in Cancun (Mexiko) die Verhandlungen der Doha-Runde abgeschlossen sein. Der Deutsche Kulturrat hat bereits im Jahr 2003, also vor 13 Jahren, auf die möglichen Gefahren für den Kultur- und Medienbereich durch eine weitere Liberalisierung des Welthandels aufmerksam gemacht.

Ein sprödes Thema. Ein Thema, das schwer zu vermitteln ist und war. Ein Thema, das seinerzeit nur wenige Experten begeistern konnte. Die Verhandlungen der Doha-Runde konnten 2003 in Cancun nicht abgeschlossen werden. Die erstarkenden Schwellenländer unter der Führung von Brasilien wehrten sich gegen die Vorschläge aus den USA und auch Europa. Das führte dazu, dass die Verhandlungen immer noch andauern. Immer mal wieder sind kleine Erfolge zu vermelden, einen Durchbruch scheint es aber nicht zu geben. Der Schwung ist verloren gegangen. Bilaterale Abkommen gewinnen an Bedeutung.

Und so verhandelt auch die EU-Kommission, im Namen aller EU-Mitgliedsstaaten, also auch Deutschland, mit anderen Staaten bilaterale Handelsabkommen

- mit Vietnam – niemanden interessiert es,
- mit Südkorea – niemanden interessiert es,

- mit Kanada – ein paar Interessierte, die aber oftmals fälschlicherweise beruhigt feststellen, dass nichts zu befürchten ist, da Kanada uns so ähnlich ist,
- mit den USA – und auf einmal regt sich Widerstand.

Ist das Antiamerikanismus? Ich denke: nein!

Ist das eine Abwendung vom Welthandel? Ich denke: nein!

Ist das grundlegende Kapitalismuskritik? Ich denke, ja. Auch, weil TTIP von der Größe und der Systematik nicht mit den anderen Freihandelsabkommen vergleichbar ist.

Neben vielen Fragen wie Umweltstandards, Arbeitsrechte, kulturelle Vielfalt und anderem mehr, sind zwei Themen im Fokus der Auseinandersetzungen

- die Investor-Staat-Schiedsgerichte
- die regulatorische Kooperation.

Die Investor-Staat-Schiedsgerichte erlauben Unternehmen gegen Staaten zu klagen, wenn ihnen aufgrund von staatlichen Entscheidungen Gewinne entgehen. Sie wurden ursprünglich in den 1950er Jahren geschaffen, um Unternehmen Rechtssicherheit zu geben, die in Staaten investieren, die noch kein sicheres Rechtssystem haben. Oder um es auf Punkt zu bringen: Es sollten Unternehmen geschützt werden, die in Entwicklungsländern investieren. Das erste Abkommen solcher Art hat Deutschland mit Pakistan geschlossen.

Inzwischen gibt es hunderte solcher Abkommen. Und auch in Deutschland ist zu spüren, was solche Abkommen bedeuten, denn einige ausländische Stromunternehmen klagen gegen die Bundesrepublik wegen entgangener Gewinne aufgrund des Atomausstiegs.

Und in diesem Moment kommt die Demokratie ins Spiel. Natürlich haben Unternehmen das berechtigte Interesse, dass sich ihre Investitionen lohnen. Und natürlich kann es sie stören, wenn der Staat Gesetze verabschiedet, die ihre Gewinne beschneiden.

Aber, ist es nicht das legitime Recht jeder Regierung und jedes Parlaments neu zu entscheiden, alte Gesetze zu revidieren, sie aufzuheben und neue zu erlassen, solange sie nicht willkürlich, sondern demokratisch legitimiert vorgeht.

- Macht das nicht gerade Demokratie aus, dass neue Entscheidungen getroffen werden, wenn sich die Sachlage geändert hat?
- Ist es nicht das vornehmste Recht von Parlamenten über die Rahmenbedingungen für Gesellschaft und Wirtschaft zu entscheiden?

Die privaten Investor-Staat-Schiedsgerichte sind nicht einfach ein Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten bei Investitionen. Sie sind ein Zeichen dafür, dass in der

Demokratie die Balance verloren geht. Die Balance zwischen legitimen Unternehmensinteressen und legitimen Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Die Minister der deutschen Regierung schwören nicht, dass sie Schaden von Unternehmen abwenden werden, sie schwören, dass sie Schaden vom deutschen Volk abwenden wollen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Protest gegen TTIP vor allem deshalb so entbrand ist, weil die Menschen spüren, dass etwas aus dem Takt gekommen ist. Dass so offenkundig für Unternehmen Stellung genommen wird und der zivilgesellschaftliche Protest klein geredet wird.

Und natürlich hat in diesem Zusammenhang die EU-Kommission gerade zu Beginn der Verhandlungen eine verhängnisvolle Kommunikationspolitik gemacht.

- Sie hat sich arrogant über die Proteste hinweggesetzt.
- Sie hat den Protest, gerade auch in Deutschland, versucht lächerlich zu machen.
- Sie hat die Europäische Bürgerinitiative nicht zugelassen. Die Europäische Bürgerinitiative, die ein Instrument in den Europäischen Verträgen ist und nicht mehr verlangt, sollte sie erfolgreich sein, dass sich Kommission und Parlament mit dem Thema befassen und eine Anhörung zulassen. Die Zivilgesellschaft, darunter auch der Deutsche Kulturrat, hat die Initiative dann ohne Segen der Europäischen Kommission durchgeführt und in den europäischen Mitgliedsstaaten fast 3,5 Millionen Unterschriften gesammelt. In Deutschland mehr als 1,5 Millionen Unterschriften, in Frankreich 360.000.

Das Verhalten der EU, aber auch unserer Bundesregierung hat das Misstrauen genährt und den Eindruck geschürt, die Verhandlungen laufen den Interessen der Bevölkerung zuwider.

Nun muss der seit 2014 amtierenden Kommission zu Gute gehalten werden, dass sie ihre Kommunikationspolitik verbessert hat. Und die Bundesregierung hat nach zweijährigem Leugnen, im Herbst des letzten Jahres vollumfänglich die Gefahren für den Kulturbereich durch TTIP anerkannt. Es sind jetzt mehr Informationen erhältlich und das Gespräch wird gesucht.

Allerdings, ist es einerseits schwer verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen und besteht andererseits meines Erachtens kein echtes Verständnis für die Anliegen der Zivilgesellschaft. So höre ich immer wieder von Kommissionsbeamten, dass sie es doch gut meinen. Das glaube ich ihnen auch. Doch die Zeiten, in denen es der Staat mit seinen Untertanen gut meint, sind vorbei.

Die Untertanen haben jetzt das Sagen: so zumindest in der Theorie und oftmals auch in der Praxis.

Und die Untertanen fordern ein, bei so wichtigen Abkommen wie TTIP mitbestimmen zu können. Das ist meines Erachtens auch die wichtigste Botschaft der Demonstrationen in Berlin im Oktober 2015 und vor einer Woche in Hannover.

Es ist ein klares Signal an die Bundesregierung, an die EU-Kommission: hört uns zu! Wir sind nicht gegen Freihandel. Aber wir sind gegen einen Freihandel um jeden Preis und vor allem um den Preis der Demokratie.

Staaten müssen auch noch nach dem Abschluss von Freihandelsabkommen, die Möglichkeit haben, zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger neue Entscheidungen zu treffen und diese müssen auch die Gewinne von Unternehmen schmälern können.

Lassen Sie mich zum zweiten Thema kommen, dass meines Erachtens mit Blick auf die Demokratie von Bedeutung ist: der sogenannten regulatorischen Kooperation.

Nach Abschluss von TTIP soll ein Regulatorischer Rat gebildet werden, der mit Vertretern der Verwaltung und von Unternehmen besetzt sein wird. Dieser Regulatorische Rat soll dauerhaft und regelmäßig vor einer Gesetzgebung in der EU und den USA tagen und prüfen, ob die geplanten Gesetze zu Lasten von Unternehmen gehen könnten. Sollte der Regulatorische Rat zu Schluss kommen, dass die Gesetzesvorlagen den Freihandel zwischen der EU und den USA behindern, kann er die Gesetzgebung behindern.

Das ist in meinen Augen eine Aushebelung der Demokratie! Nicht mehr wird zuerst im parlamentarischen Raum um beste Lösungen gerungen und dann der Rat von Experten, auch aus Unternehmen, eingeholt, sondern die Unternehmensvertreter sollen ganz offiziell vorher ihren Einfluss geltend machen und erst danach dürfen sich die Parlamente mit dem von den Unternehmen akzeptierten Vorlagen befassen.

Und allein diese beiden Aspekte, „Private Schiedsgerichte“ und „Regulatorische Kooperation“ zeigen, dass es bei TTIP um mehr geht als um die oft zitierten Chlorhühnchen oder den Erhalt der Buchpreisbindung.

Es geht letztlich um die Frage, wie wollen wir zusammenleben. Ist das entscheidende das wirtschaftliche Wohlergehen von Unternehmen oder geht es nicht darum in einem demokratischen Gemeinwesen, um die besten Lösungen zu ringen.

- Über 3 Millionen Unterzeichner der Selbstorganisationen Europäischen Bürgerinitiative aus allen EU-Mitgliedstaaten, die für einen Neustart der Verhandlungen unter demokratischen Vorzeichen plädieren, sprechen eine klare Sprache.
- Mehrere 100.000 Menschen, die im Oktober in Berlin gegen TTIP, CETA & Co. auf die Straße gegangen sind und mehr als 50.000 am letzten Wochenende in Hannover und klargemacht haben, dass sie für einen gerechten Welthandel eintreten, sind ein klares Signal.

TTIP hat eine Bedeutung über das reine Handelsabkommen hinaus. Es geht auch darum, wie wollen wir leben und welchen Wert haben demokratische Prinzipien.

Ich bin der festen Überzeugung, dass TTIP auch ein Gradmesser für die Zukunft Europas ist. TTIP ist kein einfaches Handelsabkommen, TTIP ist der Versuch neue Wege der Ökonomisierung der Gesellschaft auf Kosten der Demokratie zu finden.

Die TTIP-Proteste zeigen aber auch, dass die Menschen beteiligt werden wollen und sich einbringen wollen. Eigentlich ein gutes Zeichen für die Demokratie.

Dieses Zeichen muss von den politisch Verantwortlichen endlich aufgenommen werden. Dann wäre die TTIP-Debatte sogar ein Glücksfall für die Demokratie.